Abendausgabe

Nr. 256 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 127

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Preis 150 Mark

Montag
4. Juni 1923

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9–5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Hitlers amtliche Hilfstruppen.

Nürnberg, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In dem zwei Wegstunden von Nürnberg entfernten Landstädtchen Feucht hat die Nürnberger Geheimorganisation, die „Reichsflagge", eine Kolonie, der zwar keine Arbeiter und Bauern, aber alles, was sich zu den Intellektuellen rechnet, angehört. In der Umgebung von Feucht hält die „Reichsflagge" ihre Uebungen mit Maschinengewehr und Infanteriegewehren ab. Sie sperren für ihre Uebungen ganze Straßenzüge ab, hindern den Verkehr und gefährden das Leben der Feuchter Bevölkerung. In den Wänden von Häusern der Feuchter Bevölkerung findet man Maschinengewehrkugeln. Die Arbeiterbevölkerung von Feucht und nicht nur sie allein ist aufs tiefste erregt durch diese Machenschaften und den Terror, den sie gegen Andersgesinnte ausübt.

Die Parteigenossen von Feucht verlangten von unserem Bezirkssekretariat einen Redner und einen Vorsitzenden für die Versammlung, in der über die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands und dabei auch über die Geheimbundsbewegung in Bayern gesprochen werden sollte. Unsere Bezirkssekretäre hielten diese Veranstaltung für so wichtig, daß sich beide entschlossen, nach Feucht zu gehen, Hans Vogel als Referent und Karl Reiß zur Führung der Versammlung. Einige Nürnberger Parteigenossen wollten die beiden in das vielumstrittene Feucht nicht allein gehen lassen, sie besuchten auch die Versammlung, um unsere Vertreter vor Gewalttätigkeiten zu schützen.

Die beiden Bezirkssekretäre taten alles, um einen ruhigen Verlauf der Versammlung zu sichern, sie schufen auch dem Redner der „Reichsflagge" volle Redefreiheit, was dieser auch ausdrücklich ebenso wie die unparteiische Leitung der Versammlung anerkannte. Genosse Vogel referierte ruhig und sachlich, was gleichfalls von den Gegnern festgestellt wurde. Ein unbedeutender Zwischenfall außerhalb der Versammlung veranlaßte schon während des Referats von Vogel, den lokalen Führer der „Reichsflagge", Landespolizei aus Nürnberg zu erbitten. Sie kam etwa 40 Mann stark auf einem Lastauto an und operierte sofort gemeinsam mit den Leuten der Reichsflagge" gegen die ordnungsmäßig verlaufene Versammlung. Die Leute von der „Reichsflagge" verlangten Feststellung der Personalien aller Versammlungsteilnehmer. Sie brutalisierten Leute, die die Versammlung verlassen hatten, und in die Versammlung schoß die Landespolizei. Nachdem der erste Schuß von außen in die Versammlung abgegeben war, gab sie, den Kopf mit Stahlhelm bedeckt, die Gewehre vorwärts haltend, etwa 40 Schuß gleichzeitig ab. **Eine Anzahl Versammlungsteilnehmer wurde verwundet, ein sehr tüchtiger Parteigenosse erschossen.** Das bei Abfassung des Berichts nicht zu kontrollierende Gerücht spricht von mehr als einem Toten. So traurig diese Vorgänge sind, so gewaltig die Aufregung der proletarischen Massen ist, so skandalös die Provokationen waren, politisch am bedeutsamsten ist das innige Zusammenwirken von Landespolizei und Geheimorganisation.

Von unserer Seite ist durch den Abgeordneten Vogel die Staatsanwaltschaft, die Kreisregierung, die bayerische und die Reichsregierung sofort informiert worden.

Ein halbamtlicher Bericht.

WTB. verbreitet über die Vorgänge folgende Meldung:

Nürnberg, 4. Juni. (WTB.) In Feucht ereigneten sich bei einer Versammlung der Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei am Sonnabendabend schwere Zusammenstöße zwischen Sozialisten und verschiedenen in der Versammlung anwesenden Angehörigen der Vereinigung „Reichsflagge", so daß zur Unterstützung der Gendarmerie eine Abteilung Landespolizei herbeigeholt werden mußte. Beim Betreten des Versammlungslokals wurde die Landespolizei mit Pistolen empfangen und mußte darauf ihrerseits von der Schußwaffe Gebrauch machen. Doch war die Ruhe alsbald wieder hergestellt. Bei der Räumung des Saales wurden zahlreiche Waffen beschlagnahmt. Ein Landespolizist wurde nicht unerheblich verletzt. Ein Krankenkassenbeamter aus Nürnberg wurde durch einen Schuß getötet, einige andere Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt. Die Haupttäter wurden festgestellt.

Vor dem Abschluß.

Die Ausarbeitung des neuen Angebots.

Die Reichsregierung beabsichtigt nach ihren letzten Dispositionen, die neue Note an die alliierten Mächte am Mittwoch überreichen zu lassen. Heute sollen noch Verhandlungen mit den verschiedensten Körperschaften stattfinden. Welcher Art die neuen Vorschläge sein werden, steht noch nicht fest. U. a. wird gemeldet, daß die Regierung aus dem Auslande Informationen erhalten hat, die ihr Anlaß gegeben haben, das Ergebnis der bisher gepflogenen Vorberatungen in bestimmten Teilen fallen zu lassen.

Mit Rücksicht auf diese ungeklärten Verhältnisse betont der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" erneut, daß die Sozialdemokratie nur dann bereit ist, die politische Verantwortung für die neue Note mit zu tragen, wenn sie den ernsthaften Versuch darstellt, durch einen konkreten und substantiierten Vorschlag die Reparationsfrage ihrer Lösung näherzubringen und eine schnelle Befreiung des Ruhrgebietes von fremder Besatzung zu ermöglichen. „Weil wir für eine endgültige Lösung sind — heißt es in dem Artikel weiter —, halten wir an der Belastung der Sachwertbesitzer fest, die allein in der Zeit des Valutasturzes einen ungeheuren Sondergewinn erzielt haben. Dadurch ist ihre steuerliche Leistungsfähigkeit und ihre Fähigkeit zur Mobilisierung größerer Summen auf sehr lange Zeit hinaus weit größer als die irgendeiner anderen Schicht des Volkes. Eine besondere Heranziehung der Sachwerte ist auch produktionspolitisch unbedingt notwendig, und sie ist unerläßlich angesichts der ganz klaren Forderungen des Auslandes, das die Kriegs-, Revolutions- und Inflationsgewinne einer bestimmten deutschen Bevölkerungsschicht kennt und deshalb von dieser Schicht endlich einmal — mit gutem Recht — positive Leistungen verlangt."

*

Wie die „Expreß-Correspondenz" meldet, hat die Reichsregierung sich nunmehr entschlossen, in dem deutschen Ergänzungsangebot weder eine Gesamtsumme noch die Annuitäten festzulegen, sondern die Einzelheiten darüber der Entscheidung eines internationalen Sachverständigenausschusses zu überlassen. Als Hauptgarantie wird das Angebot eine dingliche Garantie der gesamten deutschen Wirtschaft über die Gesamtsumme von 500 Millionen Goldmark für die Dauer von 10 Jahren vorschlagen. Infolge dieses Umschwunges sind die Vorstände verschiedener Reichstagsfraktionen bereits im Laufe des heutigen Vormittags zu Sitzungen zusammengetreten.

Der englisch-französische Saarkonflikt.

Paris, 4. Juni. (WTB.) Wie Havas mitteilt, hat Ministerpräsident Poincaré gestern das englische Memorandum über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Verwaltung des Saargebiets beantwortet. Ueber den Inhalt der Note erklärt Havas, man könne sich, selbst wenn man ihren Wortlaut nicht kenne, ihren Gedankengang unschwer vorstellen. Die französische Regierung bestreite zunächst den rechtmäßigen Charakter des in London geforderten Verfahrens, da dieses nach ihrer Ansicht gegen den Artikel 46 des Versailler Vertrages verstoße, der Frankreich „volle Freiheit der Ausnutzung des Betriebes der Bergwerke" garantiere. Für die französische Regierung könne die Regierungskommission im Saargebiet nicht der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden, und die Notverordnung vom 7. März sei ihr zufolge vollkommen rechtsgültig. Im übrigen könne der Völkerbundsrat, der auf seiner letzten Tagung vor einigen Wochen erst noch einmal der klugen Verwaltung der Regierungskommission Anerkennung gezollt habe, heute nicht auf einmal diese Verwaltung tadeln, ohne gleichzeitig seiner eigenen Autorität als unparteiische Körperschaft Eintrag zu tun. Im übrigen werde der englische Protest alsbald gegenstandslos werden, da die von der Kommission angeordneten Ausnahmebestimmungen bis auf weiteres aufgehoben werden sollen. Hierfür werde nur der Beschluß der Plenarsitzung der Kommission abgewartet, die sich durch die Abwesenheit des kanadischen Delegierten verzögert habe.

Im Gegensatz zur Havas-Agentur und den meisten Morgenblättern erklärt „Matin" die Angelegenheit noch nicht für abgeschlossen. Die offizielle Beweisführung die von Havas wie vorstehend wiedergegeben wird, stößt auf den Widerspruch des „Oeuvre". Das Blatt schreibt, Frankreich habe kein besonderes Kontrollrecht und noch weniger das Recht, der Regierungskommission Richtlinien zu geben.

Verschärfte Ausweisungen.

Köln, 4. Juni. (WTB.) Am Sonntagnachmittag traf ein weiterer Transport ausgewiesener Eisenbahner mit Familien aus Liblar und Umgegend hier ein. Diese waren nachts um 2 Uhr aufgefordert worden, sich sofort zur Abreise ins unbesetzte Gebiet fertig zu machen, da sie ausgewiesen seien. Unmittelbar darauf mußten sie auch schon abreisen. Abends traf dann mit einem Dampfer ein weiterer Transport ausgewiesener Eisenbahnerfamilien aus Stadtkyll, Jünkerath und Schüller ein, darunter 59 Kinder bis zu 10 Jahren und 67 unter 4 Jahren. Nach den Mitteilungen der Vertriebenen waren die genannten Orte militärisch umstellt, alle Eisenbahner rücksichtslos ausgewiesen und dadurch 350 Menschen von Haus und Hof vertrieben worden. Alle Habe mußte zurückgelassen werden.

Dollar 76500.

Die Nachricht, wonach im Reichsfinanzministerium Besprechungen zwischen den Vertretern der Reichsregierung und der Bankwelt über schärfere Maßnahmen gegen die Devisenspekulation stattgefunden hätten und noch weiter stattfinden, übte heute einen gewissen Druck auf das Geschäft am Devisenmarkt aus. Es kommt hinzu, daß die neueren Veröffentlichungen über den voraussichtlichen Inhalt der deutschen Note zu der Hoffnung berechtigen, daß es diesmal zu Verhandlungen kommen werde. Infolgedessen halten Industrie und Großhandel mit ihren Bedarfskäufen am Devisenmarkt etwas zurück, und die Spekulation sucht eher sich glattzustellen. Das Geschäft war heute ruhig; der Dollar wurde gegen Mittag mit 76500 gehandelt. Diese Abschwächung der Devisen wirkte ursprünglich auch ziemlich stark auf den Effektenmarkt zurück, wo die Berufsspekulation Abgaben, zum Teil auch Leerverkäufe vornahm. Im weiteren Verlaufe wurde jedoch die Stimmung wieder etwas fester. Besonders lebhaft war das Geschäft in Erdölaktien.

Arbeitgeber und Lohnfrage.

Eine Antwort an Herrn v. Borsig.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom Sonntag veröffentlicht Herr Geheimrat Dr. Ing. h. c. Ernst von Borsig einen Aufsatz über das höchst zeitgemäße Thema „Arbeitgeberschaft und Lohnforderungen".

Wenn einer der maßgebenden Männer der deutschen Industrie, einer der größten Arbeitgeber Berlins in diesem Augenblick über dieses Thema etwas schreibt, so wird man gespannt. Und wenn man ein Optimist ist, erwartet man, Herr von Borsig werde die Gelegenheit benutzen, um seinen Kollegen den ganzen ungeheuren Ernst der Situation klarzumachen und ihnen den Gedanken nahezulegen, daß nur ein verständnisvoll weites Entgegenkommen an die notwendigen Forderungen der Arbeitnehmer die Gefahren bannen könne, von denen das Land in diesem Augenblick bedroht sei.

Herr von Borsig weiß aber auch in diesem Augenblick nichts anderes zu tun, als die bisherige Lohnpolitik der Industrie zu verteidigen, etwa im Sinne des frommen Spruchs: „Was der Herr tut, das ist wohlgetan."

Herr von Borsig beginnt damit, die völlige Unschuld des Unternehmertums an den letzten Unruhen im Ruhrgebiet zu beweisen. Wie macht er das? So:

Als einen in dieser Angelegenheit gewiß unverdächtigen Zeugen kann man den „Vorwärts" nennen, der sich in der Nr. 242 vom 26. d. M. als Abwehr gegen kommunistische Vorwürfe der Verzögerung von Lohnverhandlungen aus dem Ruhrgebiet unter anderem schreiben läßt: „Schon bevor von den Ereignissen der letzten Tage (die Unruhen in Gelsenkirchen — Der Verfasser) auch nur das geringste zu erkennen war, hatten die Bergarbeiterverbände das dringende Ersuchen an die Regierung und die Unternehmer abgehen lassen, in Lohnverhandlungen einzutreten. Als Verhandlungstag ist der 27. Mai bestimmt. **Um die Bergarbeiterverbände zu ihrem Vorgehen zu bewegen und um einen Verhandlungstermin zu bestimmen, bedurfte es der Gewalttaten und der Zusammenstöße nicht.** Durch sie wird keine Not gelindert, sondern nur gesteigert werden."

Diese Darstellung des Vorwärts zeigt klar, daß ein Zusammenhang zwischen den Unruhen und der Lohnfrage nicht bestand. Man braucht sich auch nur die Frage zu stellen, ob die Kreise, die als Urheber der Unruhen anzusehen sind, durch ein anderes lohnpolitisches Verhalten der Arbeitgeber sich hätten abhalten lassen, ihre schon längst gehegten Pläne auszuführen.

Ein solcher Mangel an Logik wirkt einfach niederschmetternd. Herr von Borsig meint, da die Kommunisten oder eine bestimmte Sorte von Kommunisten die Unruhen wollten, hätte ein anderes Verhalten der Unternehmeer sie an der Ausführung ihres Planes doch nicht hindern können. Glaubt Herr von Borsig, der sich doch eigentlich von Berufs wegen mit solchen Fragen ernster befassen müßte, Unruhen seien etwas, was von einer bestimmten Gruppe von Menschen ganz nach ihrem Belieben in jedem beliebigen Augenblick fabriziert werden könnte?

Nein, der Wille, Unruhen hervorzurufen, ist bei gewissen Leuten zu jeder Zeit vorhanden. Aber die Möglichkeit, ihren Plan auszuführen, erhalten sie erst, wenn größere Massen der Bevölkerung in Not geraten und nicht mehr ein noch aus wissen. Je größer diese Massen sind und je größer ihre Not ist, desto besser werden auch die Aussichten der Leute, die — sei es aus einer idealistischen Verirrung, sei es in der Absicht, im Trüben zu fischen und den eigenen Vorteil zu suchen — auf den Bürgerkrieg zusteuern. Unternehmer, die für die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter kein Gefühl und kein Verständnis besitzen, sind die besten Mitarbeiter jener gewissenlosen Gesellschaft und nicht weniger schuldig als sie.

Herr von Borsig führt dann weiter aus:

Wenn man bedenkt, daß wir seit dem Jahre unseres Zusammenbruchs von der Substanz unserer Wirtschaft leben, und daß das, was zeitweise gute Konjunktur erschien, in Wahrheit nur ein allmähliches Herausströmen des Markes unserer Wirtschaft ist, und daß der Versailler Vertrag von außen und die ständige Inflation im Innern die Lebensfähigkeit des ganzen Volkes immer mehr abbauen, so gibt es, da die Arbeitgeberschaft als solche das unselige Friedensdiktat in seinen Wirkungen nicht aufheben kann, nur die eine Hauptaufgabe in der Lohnpolitik, mit allen Mitteln eine weitere Inflation hintanzuhalten: Dies heißt aber, bei der Errechnung und Gewährung von Lohnerhöhungen in jedem Fall genau nachzuprüfen, wo die Grenze des Notwendigen aufhört und zusätzliche Kaufkraft beginnt. Dieses Bestreben ist nicht kleinliches Feilschen, sondern ernsthafte Sorge um die Erhaltung unserer Wirtschaftsfähigkeit, nicht egoistisches Gewinnstreben, sondern ernsthafte Wirtschaftspolitik.

Bei dem entschlossenen Willen, die Wirtschaft und damit Staat und Volk zu erhalten, wird für die Arbeitgeberschaft nicht ausschlaggebend sein dürfen, ob sie sich durch ihr Verhalten populär macht oder nicht. Als es z. B. galt, der Markstützungsaktion der Regierung helfend beizuspringen, war man sich in Arbeitgeberkreisen durchaus darüber klar, daß angesichts der Schwierigkeiten eines Preisabbaues die eine weitere Lohnsteigerung bremsende Lohnpolitik auf erheblichen Unwillen weiter Kreise stoßen würde. Selbstverständlich ist versucht worden, durch Beeinflussung der anderen Wirtschaftsfaktoren der Frage des Preisabbaues eine günstige Wendung zu geben. Zu gleicher Zeit traf aber doch die Arbeitgeberverbände die Verpflichtung, von der lohnpolitischen Seite aus an die Frage heranzutreten. Aus dieser zwangsläufigen Behandlung der Lohnfrage nun zu schließen, daß alle aus der Stützungsaktion entstehenden Schwierigkeiten von den Arbeit-

gebern auf die Schultern der arbeitnehmenden Schichten gewälzt werden sollten, ist doch nur dadurch möglich geworden, daß man sich in der weiten Oeffentlichkeit bis weit in die Kreise der Regierung hinein nicht die Mühe gegeben hat, sich ein wahres Bild von dem Wollen und Wirken der Arbeitgeberverbände zu machen.

Man steht und staunt. Seit Jahren wird mit guten Gründen gegen die Industrie oder doch gegen einen sehr wesentlichen Teil von ihr die Anklage erhoben, daß sie die Inflation begünstige und aus ihr ungeheure Gewinne ziehe zum Schaden der Allgemeinheit.

Herr von Borsig bemüht sich nicht, diese wohlbegründete Anklage zu entkräftign. Er stellt vielmehr, sie gänzlich ignorierend und im Gegensatz zu ihr, den unverbrüderlichen Glaubenssatz auf, daß die Industrie Tag und Nacht an gar nichts anderem denke, als wie die Inflation bekämpft werden kann.

Und wie bekämpft man die Inflation? Indem man die Preise niedrig hält? Indem man Goldsteuern bezahlt? Indem man Goldanleihen zeichnet? Indem man in den eigenen Reihen die Spekulation, die auf dem Marksturz neue Industriekönigreiche begründet, mit allen Mitteln bekämpft?

Hätte die Industrie alles das getan, so würde das Vorgeben, ihre Lohndrückerei sei auf einen wirtschaftspolitischen Gedanken zurückzuführen und diene dem Kampf gegen die Inflation, wenigstens einigermaßen glaubhaft erscheinen. Da dies nicht der Fall ist, so zerfällt das Argument des Herrn von Borsig vollständig in sich. Wahrheit ist, daß die Unternehmer in ihrer Masse die Inflation ebenso rücksichtslos gegen die Arbeitnehmer ausnutzen wie gegen die Verbraucher und gegen den Staat. Marksturz bedeutet für sie Verminderung des Reallohns und Gelegenheit, Arbeitskräfte zum billigsten Preis zu erwerben. Diese Gelegenheit nutzen sie aus als kapitalistische Geschäftsleute, ohne sich weiter Gedanken darüber zu machen.

Aber sei dem, wie ihm wolle. Ist es jetzt an der Zeit auseinanderzusetzen, daß bei einer ernsthaften Markstützungsaktion auch — was kein Vernünftiger bestreitet — das Hinaufschnellen der Löhne und Gehälter zu phantastischen Nominalsummen verhindert werden muß? Jede Arbeiterfrau begreift, daß sie besser daran wäre, wenn sie 20 M. in der Woche bekäme und zwei Knüppel einen Sechser kosten würden. Aber ist jetzt Zeit zu solchem theoretischen — Scharfsinn?

Von Markstützung ist weit und breit keine Spur. Der Dollar klettert, mit ihm die Preise, die meisten Menschen haben nicht mehr satt zu essen. Will man ihnen das Notwendigste geben, dann müssen die Löhne hinauf!

Herr von Borsig aber schließt:

Man wird es nicht mehr verantworten können, in die ohnedies schwierige Lage des deutschen Volkes Verschärfungen hineinzutragen, bloß weil man sich nicht die Mühe gibt, den Gegner verstehen zu wollen.

Das sei doppelt und dreifach unterstrichen. Aber wenn man so gar nicht imstande ist, sich in den leiblichen und seelischen Zustand der anderen hineinzuversetzen, wie Herr von Borsig, dann soll man wenigstens das Schreiben unterlassen. Denn der Beweis einer solchen Verständnislosigkeit kann allerdings auf die Gegensätze nicht anders wirken als verschärfend.

Die Absichten Englands.

London, 4. Juni. (WTB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, verschiedene mehr oder weniger sensationelle Berichte seien während des Wochenendes mit Bezug auf die angeblichen Absichten der britischen Regierung in der Frage der Reparationen und Kriegsschulden im Umlauf gewesen. Tatsächlich habe die britische Regierung, die die Möglichkeit baldiger internationaler Beratungen nach dem neuen Angebot Deutschlands oder nach dem Ergebnis der für Mittwoch festgesetzten französisch-belgischen Konferenz in Brüssel voraussieht, vor kurzem nur das Schatzamt angewiesen, seine eigene Arbeit und die Schlußfolgerungen aus diesen Problemen zeitgemäß umzugestalten, und sie gegebenenfalls in einem daß eine neue Ueberarbeitung des britischen Standpunktes, wie er in den Bonar-Law-Vorschlägen vom Januar neuen Memorandum niederzulegen. Man sei der Ansicht gewesen, niedergelegt war, notwendig sei, angesichts der wichtigen seither eingetretenen Ereignisse, nämlich 1. der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebiets und 2. der Fundierung der englischen Schuld an die Vereinigten Staaten. Die Besetzung des Ruhrgebiets habe wegen ihrer möglichen Rückwirkung auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und auf die geeigneten Zahlungsmethoden in der Zukunft erwogen werden müssen. Nachdem jetzt einmal die Verpflichtungen Englands gegenüber Amerika festgelegt seien, müsse es leichter für die britische Regierung sein, genau den Mindestbetrag zu bestimmen, den zu fordern sie sich verpflichtet fühle, und die Form festzusetzen, in der diese Forderung zu erheben wäre. Während die leitenden Gedanken, die dem Plane Bonar Laws zugrunde liegen, zweifellos unverändert bleiben würden, könnten wesentliche Abänderungen der Einzelheiten durch Premierminister Baldwin erwartet werden.

Entscheidende Wochen.

London, 4. Juni. (WTB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Observer" schreibt, die kommenden Wochen würden den Beginn des ernstesten und verheißungsvollsten Versuches sehen, der je gemacht wurde, um das furchtbare Durcheinander der Reparationen, der interalliierten Schulden, der Ruhrfrage, der französischen Sicherheit und ähnlicher verwandter Probleme beiseite zu räumen. Die britische Regierung nehme auf die persönliche Initiative Baldwins hin eine entschlossene Haltung ein. Während der letzten Woche habe Baldwin, der die Reparationsfrage und die Frage der Beziehungen Englands zu Frankreich in den Vordergrund seiner Politik gestellt habe, die französische öffentliche Meinung aller Schattierungen erforscht als Einleitung zu der Politik des britischen Reiches.

Eine Erklärung Baldwins.

Paris, 4. Juni. (EE.) Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien" erhielt von dem englischen Ministerpräsidenten Baldwin folgende schriftliche Erklärung: Wie Sie es leicht verstehen werden, kann ich nicht jetzt schon genau sagen, durch welche Maßnahmen man eine Lösung der Probleme herbeiführen könnte, bezüglich derer zwischen Frankreich und England ein Einvernehmen zustandekommen sollte. Ich hoffe, demnächst Gelegenheit zu haben, mich über diese Frage mit meinem französischen Kollegen zu unterhalten. Inzwischen wünsche ich dennoch, die Aufmerksamkeit auf einen oder zwei Punkte hinzulenken. In erster Reihe habe ich das vertrauensvolle Gefühl, daß das Reparationsproblem oder irgendein anderes Problem, das mit der Ruhrbesetzung verknüpft ist, obschon es schwierig ist, dennoch kein Problem ist, bezüglich dessen England und Frankreich in ihrer gegenseitigen Politik nicht zu einem Einvernehmen gelangen könnten. Ich wünsche, daß das französische Publikum wisse, daß wir hier die Bedeutung der Frage der Sicherheit Frankreichs und Belgiens kennen und den lebhaften Wunsch haben, dazu beizutragen, daß eine Regelung zustande komme, die in Zukunft die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens garantiert. Ich persönlich bin zu dem Glauben geneigt, daß es nur wenig unmögliche Dinge gibt, unter der Bedingung, daß man ein klares Bewußtsein von den Schwierigkeiten und den Willen habe, sie zu überwinden. Im vorigen Winter hatte ich das Glück, bei der Regelung der heiklen englisch-amerikanischen Schuldenfrage Erfolg zu haben. Unter der Voraussetzung, daß die europäischen Fragen, die gegenwärtig schweben, in demselben Geiste angegriffen werden, sehe ich nicht ein, warum wir nicht dazu gelangen sollten, auch diese zu regeln. In jedem Falle können Sie darauf rechnen, daß ich meinerseits entschlossen arbeiten werde. Vielleicht werden wir anfangs zeitweilig Mißerfolge haben; aber ich habe doch die Gewißheit, daß unsere Anstrengungen endlich von Erfolg gekrönt sein werden.

Ein französischer Kommentar.

Paris, 4. Juni. (WTB.) Der Außenpolitiker des „Petit Parisien", dem die Erklärung des englischen Außenministers Stanley Baldwin über die französisch-britischen Beziehungen abgegeben wurde, sieht sich veranlaßt, in seinem Artikel die Sicherheiten zu bezeichnen, von denen Stanley Baldwin spricht. Es handele sich darum zu wissen, ob Frankreich und England weniger über die Gesamtheit der deutschen Schuld, als über die Möglichkeit, diese Schuld unter Berücksichtigung der alliierten Schulden zu bezahlen, sich einigen müßten. Es handele sich darum, ob England erkläre, daß es die Grundsätze annehme, an die Frankreich und Belgien durch die Ruhrbesetzung unwiderruflich gebunden seien, namentlich, ob wenigstens für eine gewisse Frist die Ruhrbesetzung, und zwar bis zu dem Zahlungstermin, aufrechterhalten werden könne, und ob von Deutschland die Beendigung des passiven Widerstandes verlangt werden könne, bevor die Verhandlungen aufgenommen würden. Die öffentliche Meinung in Frankreich aber beschäftige sich ebenso mit dem Problem der Sicherheiten. Stanley Baldwin werde nicht überrascht sein zu hören, daß die Mehrheit sich nicht mit einem Pakt allgemeinen Charakters begnügen würde sondern daß sie auf dem linken Rheinufer loyale Garantien fordere, dazu bestimmt, in der Zukunft diejenigen Bürgschaften zu ersetzen, die augenblicklich die alliierten Besatzungstruppen und die Rheinlandkommission in Koblenz böten.

Der Standpunkt der englischen Industrie.

London, 4. Juni. (Eca.) Der Nationalverband der englischen Fabrikanten hat der englischen Regierung eine Resolution übermittelt, die ihre Gesichtspunkte in der Reparationsfrage zum Ausdruck bringt. Diese Entschließung betont, daß, wie auch immer die neuen Vorschläge Deutschlands beschaffen sein werden, man zunächst als wesentlichste Bedingung von Deutschland verlangen müsse, daß es seine Verpflichtungen erfüllt, und zwar nicht nur nach außen, sondern auch nach innen durch Steuern und nicht durch ständige Emission von Papiergeld. Die Resolution protestiert außerdem gegen das System von Subventionen an die Eisenbahnen und andere öffentliche Verkehrsinstitute in Deutschland, wodurch die englischen Interessen geschädigt würden, und verlangt, daß diese Mißstände abgestellt werden. Die Entschließung versichert außerdem, daß in den Kreisen der englischen Industriellen starke Sympathie für Frankreich bestehe und also auch lebhaft gewünscht würde, in enger Verbindung mit Frankreich an der Regelung der europäischen Probleme zusammenzuarbeiten.

Die englisch-russische Spannung.

London, 4. Juni. (WTB.) Tschitscherin erklärte in einer Unterredung mit dem Moskauer Berichterstatter der „Daily News", Klausel 7 der britischen Note werfe die gesamte Frage der Ansprüche sowie die Frage der persönlichen Schäden auf. Diese Frage habe die Konferenz von Genua und die Haager Konferenz zum Scheitern gebracht, und sie jetzt aufzuwerfen bedeute, eine Versöhnung unmöglich zu machen. Tschitscherin erklärte, seiner erwogenen Ansicht nach wünsche Lord Curzon einen Bruch. Es sei ersichtlich, daß nach den Zugeständnissen von russischer Seite neue Forderungen aufgestellt würden.

Paris, 4. Juni. (TU.) Die hiesigen Morgenblätter veröffentlichen ein aus London kommendes Telegramm, wonach Tschitscherin an Krassin die Mitteilung machte, er solle die englische Regierung davon in Kenntnis setzen, daß die Sowjets auf den Standpunkt des britischen Kabinetts in der Frage der Abberufung der Vertreter in Afghanistan, Persien und in der Republik von China eingehen. In dem Telegramm heißt es weiter, die Sowjetregierung willige darin ein, daß ihre diplomatischen Vertreter in diesen Ländern nach vorausgehender Beratung mit dem Foreign Office ernannt werden.

Paris, 4 Juni. (TU.) Aus London werden genauere Einzelheiten über das gestern von der Arbeiterpartei einberufene Protestmeeting gegen die englische Politik in der russischen Frage mitgeteilt. Mehr als 20 000 Personen wohnten der Veranstaltung bei. Zahlreiche Redner nahmen das Wort, um die englische Politik zu brandmarken, besonders diejenige des Außenministers. Auf einem neben der Nelson-Säule aufgestellten Schild war zu lesen: „Kein Krieg mit Rußland! Wir wünschen den Frieden! Weg mit Curzon! Setzen wir Curzon vor die Tür!"

Einweihung eines Jaurès-Denkmals. Bei der gestrigen Einweihung des Denkmals für den ermordeten Jaurès in dessen ehemaligem Wahlkreis Carmaux ergriff Anatole France das Wort. Er verurteilte die Ruhrbesetzung und erklärte, er sei überzeugt davon, daß eine feste und friedliche Aktion ebenso wirkungsvoll gewesen wäre, und daß im übrigen die Wiederaufnahme der Geschäfte mit einem benachbarten Volke dem französischen Volke in sicherer Form Wohlstand breitet haben würde. Namens der belgischen Sozialisten sprach Vandervelde.

Andacht im Tiergarten.

Von Fridericus Fex.

Im Tiergarten blühen die Alpenrosen, herrlich in allerhand Farben: gelb, weiß, rosa, lila, violett. Eine Welle Duft lagert um Luise, unsere unvergeßliche Heldenkönigin, und um die Hohe und Allerhöchste Frau im Rosarium — nicht nur Blumen duften; ebenso lieblich riecht es rings an „historischer" Stätte nach Patriotismus. Du, o Fremdling, stehst gerührt vor den mannigfaltigen, treudeutsch duftenden Monumenten, die eine große Zeit sinnig pflanzte. Die gigantische Kitsch-Plantage am Königsplatz hast du genossen, die Gewächse der Siegesallee erfüllten dich mit Weihrauch und Myrrhe, Luise prangte dir entgegen: es entzückte dich die liebliche Feinarbeit am Sockel dieses Denkmals, und du schauderst darüber, wie elendester Byzantinismus bildhauerische Schönheit in seinen Dienst zwang — — und du ruhtest aus auf jener Bank von Stein, die man den fünf Helden von 70—71 errichtete. Wehmutsvoll gedenkst du des unglückseligen Ausganges des anderen „großen Krieges". Ein neidisches Schicksal mißgönnte uns die Legion herrlicher Siegesdenkmäler, die EN sich für das „dankbare Vaterland" errichtet hätte! Müder Wanderer, kehre still zurück zur „Sieges"-Allee, ruhe aus im Schatten Otto des Faulen oder Wilhelms des Dicken, denn die „Weltkriegs-Erinnerungsbank", geschmückt mit den mythischen Größen von 1914—18 (1. Ihm, 2. Seinem erhabenen Sohne, 3. Hindenburg, 4. Ludendorff, 5. dem „Bankfachmann Helfferich) — — sie suchst du vergebens — — —

Ich aber eile weiter, zu „Ihrem" Rosengarten, wo herrliche Ausbrüche deutscher Treue, deutschen Geistes, deutscher Biedermännlichkeit meiner harren: ein Lehrer steht mit seiner Mädchenklasse vor „Ihrem" Monument. Wie sinnig! Stolzer, vollbärtiger, bebrillter teutscher Recke, stehst du, emporgereckt wie weiland der Löwe von Döberitz, dein Hindenburg, vor deiner allergnädigsten, erhabenen kaiserlichen Herrin und sprichst zu deinen Lämmlein: „Seht, Kinder, all diese blühende Pracht ist „Ihr" Werk; so dachte „Sie" nur an „Ihr" Volk! Bezahlt hat's ja zwar alles dieses Volk selbst; aber immerhin — — und nun, Kinder, müssen wir gehen, im September kommen wir wieder. Sprecht jetzt ein kurzes Gebet und gelobt, daß ihr so werden wollt wie „Sie"; denn „Sie" war unser! Und nun Kehrt marsch! Wir müssen noch schnell zur Königin Luise und zur Siegesallee!" Da lächelst du, teutscher Recke in Oberlehrergestalt, gütig, als wolltest du sagen: „Jaja, was ich euch alles zeigen kann! Nicht nur des Herrgotts Tiergarten, nein: auch der Berliner Tiergarten ist groß und birgt kostbare Erinnerungen!"

Ich danke dir, teutscher Pädagoge, euch, ihr treuteutschen Mädels! Ihr gabt mir meinen Glauben wieder! Und beim Verschwinden der letzten Haarschleife hinter jenen Alpenrosenbüschen durchbebte mich wonnig die Erinnerung an ein treuteutsches Lied:

Ob ringsum wild die Stürme wehn,
Dies Deutschland kann nicht untergehn!!!!

Clewing als Tannhäuser. Man konnte erwarten, daß der begabte Schauspieler Clewing die Figur des Minnesängers mit besonderen mimischen und Spielreizen ausstatten würde. An und für sich ist die Verlebendigung von Operngestalten durch singende Schauspieler gerade Wagner gegenüber zu begrüßen. Welch eine Enttäuschungen aber, Clewing hilflos und starr, reizlos und ängstlich zu sehen! Nur zwei Wesensnüancen standen dem Spieler zu Gebote, die der Verlegenheit mit treuherzigem Lächeln und die der Müdigkeit, des Aergers mit zusammengekniffenen Lippen. Er wußte nicht, was er mit seinen Fingern, seinem Mantel, seinem Körper machen sollte. Was er aber tat, war falsch, denn er hielt fast nur Zwiesprache mit dem Kapellmeister. Er sang nicht den Tannhäuser, sondern Nummern aus dem Tannhäuser, wie auf dem Podium der Philharmonie, er dirigierte sogar mit Armbewegungen die Pausen mit. Stimme hat er schon, der Clewing, tenoral, heldisch, messerscharf, und es scheint, als ob da verborgen noch mehr Edelmetall steckt. Doch tut Schulung not und das leutnantshaft Schmetternde muß beseitigt werden. Es ist doch ein anderes, ob man im großen Schauspielhaus Operette singt oder im Staatsopernhaus Niemanns Nachfolger sein soll. Intendanz und Sänger mögen sich entscheiden. — Die Meyerbeer-Wagner war eine liebliche, zarte, hold singende Elisabeth, Frau Bindernagel trotz angesagter Indisposition gut in Form. Steedry, vom Publikum ostentativ begrüßt, nahm sehr langsame Tempi. Entweder fürchtete er für Clewing oder er respektierte das Tempo Bayreuths, dessen Haupt, Siegfried Wagner, anwesend war. K. S.

Eine elektrische Falle für ein Medium. Ganz New York amüsiert sich über die Ergebnisse einer Prüfung, die von der führenden amerikanischen Zeitschrift „Scientific American" an einigen Aufsehen erregenden „psychischen Phänomen" vorgenommen wurde. Die Zeitschrift hatte bei der letzten spiritistischen Tour, die Sir Arthur Conan Doyle unternommen, Preise von 5000 Dollar ausgesetzt für ein Medium, daß imstande sei, gewisse Prüfungen zu bestehen. Ein solches fand sich aber nicht, und so handelte man auf eigene Faust. Das bekannteste Medium, mit dem Conan Doyle verschiedentlich „psychische Lichter" hervorgerufen hatte, ist ein gewisser George Valentine, der aber nur bei so großer Dunkelheit arbeitet, daß es sogar unmöglich war, seine eigenen Hände zu sehen. Bei einer der letzten Sitzungen hatte man nun ohne Wissen Valentines den Stuhl, auf dem er saß, mit einer elektrischen Einrichtung in Verbindung gebracht, durch die eine Flamme in einem anderen Raum aufleuchtete, wenn er den Stuhl verließ. Mit Hilfe eines Diktaphons und einer Stoppuhr war ein Beobachter imstande, genau die Zeit anzugeben, wann Valentine den Stuhl verließ, und den Text jeder Aeußerung der Geister zu hören, mit denen das Medium in Verbindung trat. Aus dem Bericht geht hervor, daß Valentine, verborgen in der Dunkelheit, den Stuhl 15mal im Laufe der Sitzung verließ, und zwar war der Sitz immer leer, wenn die „psychischen Lichter" erschienen, wenn Stimmen an verschiedenen Stellen des dunklen Raumes gehört wurden und wenn die Anwesenden auf ihren Gesichtern und ihren Köpfen die unheimliche Berührung der Geisterhände verspürten.

Das Denkmal für einen Tag. Ein merkwürdiger Streit ist um das Denkmal entbrannt, das die Stadt Straßburg, an deren Universität Pasteur von 1849 bis 1854 als Professor der Chemie wirkte, zum Gedächtnis des großen Gelehrten errichtet hat. Das Denkmal ist nach einem Entwurf ausgeführt, der von dem Denkmalskomitee einstimmig angenommen worden war, und es sollte aus Anlaß der Straßburger Gedächtnisfeier für Pasteur unter besonderen Feierlichkeiten von dem Präsidenten der Republik enthüllt werden. Als es aber aufgestellt war und von den Mitgliedern des Stadtrats besichtigt wurde, lehnten diese die Statue mit der Begründung ab, sie könnten nicht dulden, daß ein so scheußliches Monument das Stadtbild verunziere. An dem Programm war indessen nichts mehr zu ändern, und das Denkmal ist denn auch programmäßig am letzten Donnerstag in Anwesenheit von 250 Delegierten, gelehrter Gesellschaften aus aller Herren Ländern vom Präsidenten Millerand feierlich enthüllt worden. Tags darauf schon haben im Auftrag der Stadtverwaltung Arbeiter damit begonnen, es wieder abzumontieren. Wohin man den guten Pasteur bringen wird, steht noch dahin, jedenfalls will Straßburg sich seine wunderschöne Stadt nicht durch das häßliche Kunstwerk verschandeln lassen.

Ein moderner Opernabend, den die „Urania" am Sonnabend veranstaltete (er wird am heutigen Montag wiederholt), bereitete den Musikfreunden hohen Genuß. Dr. R. E. Lapini gab in seinem einleitenden Vortrag einige Hinweise auf die Entwicklung der Oper, und dann folgten musikalische Gaben aus den Werken einer auserlesenen Reihe deutscher, italienischer und französischer Opernkomponisten. Arien und Duette von Humperdinck („Hänsel und Gretel"), Richard Strauß („Ariadne auf Naxos"), Kienzl („Evangelimann"), Verdi („Troubadour" und „Aida"), Mascagni („Cavalleria Rusticana"), Leoncavallo („Bajazzo"), Saint Saëns („Samson und Delila"), Bizet („Carmen") und anderen wurden von Violetta Hoffmann, Hermine Behn und Willy Fischer mit trefflichem Können und starkem Ausdruck vorgetragen. Am Flügel begleitete Lapini.

Bühnenchronik. Direktor Illing hat während der Sommermonate das Schauspielhaus gepachtet und beabsichtigt das Lustspiel „Die Freier" von Eichendorff mit der Musik von Lortzing zur Aufführung zu bringen.

Berliner Karikaturisten-Ausstellung. Der Kunstsalon Dr. Kretzner u. Co., Kurfürstendamm 213, veranstaltet eine Ausstellung von Werken der Karikaturisten Ubelinz, George Groß, Robert L. Leonard, Paul Simmel, Walther Trier, Heinrich Zille u. a.

Sonntagsruhe im belgischen Zeitungsgewerbe. Die belgische Kammer hat ein Gesetz über die Sonntagsruhe im Zeitungsgewerbe angenommen, wonach Sonntags in Belgien keine Zeitungen mehr erscheinen.

Ein Mückenleichenzug. Wie aus Niederzahden a. d. O. gemeldet wird, konnte man dort in den letzten Tagen eine merkwürdige Erscheinung beobachten. Das ganze linke Oderufer entlang war das Wasser mit einem ein bis zwei Meter breiten, kilometerlangen Streifen, bestehend aus einer ungeheueren Zahl von Mückenleichen und deren Larvenhäuten, bedeckt. Die Mücken, die wahrscheinlich an einem warmen Tage ausgeschlüpft waren, sind durch einen in der Nacht darauf auftretenden starken Nebel in das Wasser gedrückt worden und fanden dadurch ihren Tod.

Arbeiter, Parteigenossen!

Morgen abend demonstriert das Berliner Proletariat gegen die Kriegserklärung der Schwerindustrie.

Machhaus erhängt.

Selbstmord oder Feme?

München, 4. Juni. (TU.) Heute nacht hat sich in seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis in München der Kapellmeister Machhaus erhängt. Er war einer der Angeklagten in dem heute vor dem Volksgericht in München beginnenden Hochverratsprozeß gegen Fuchs, Machhaus und Genossen.

Die Anklage gegen die Deutschvölkischen Fuchs, Machhaus und Genossen lautete auf vollendeten Hochverrat. Es wird behauptet, daß Fuchs, Machhaus und die Mitangeklagten mit dem französischen Oberst Richert konspiriert haben, um eine gewaltsame Loslösung Bayerns vom Reiche herbeizuführen. Sowohl Machhaus wie Fuchs gehörten zum engeren Kreis Rupprechts von Wittelsbach. Zwar wurde bald nach der Verhaftung der Angeklagten die Nachricht verbreitet, daß ihr Umgang mit dem Wittelsbacher lediglich künstlerischer Natur gewesen sei, aber der Verdacht ließ sich doch nicht von der Hand weisen, daß hier auch andere Interessen eine Rolle gespielt haben. Vor allem ist es ganz unerklärlich, wie eine Persönlichkeit wie Richert, die als französischer Propagandist im Saargebiet einen starken Einfluß ausübte, sich an verantwortungs- und einflußlosen Phantasten, als die man nach Erhebung der Anklage Fuchs und Machhaus hinzustellen versuchte, gewandt haben sollte. Die Frage nach den monarchistischen und völkischen Hintermännern der Fuchs und Machhaus muß demgemäß im Prozeß einen hervorragenden Platz einnehmen, und unser Münchener Parteiorgan, die „Post“, hat es nicht versäumt, immer wieder auf die Notwendigkeit hinzuweisen, diese Frage zu klären.

Wenn also am Tage des Prozeßbeginns einer der Kompromittierten aus dem Leben scheidet, so ist das im höchsten Grade auffällig. Gewiß, es ist möglich, daß hier ein Selbstmord vorliegt. Auf der anderen Seite ist es aber bekannt, daß die Deutschvölkischen mit allen Mitteln arbeiten, ihre Gesinnungsgenossen unschädlich zu machen, wenn sie unbequem werden. In den Statuten der Organisation C (Consul) heißt es: „Verräter verfallen der Feme.“ Man erinnere sich, wie vor einiger Zeit der Student, der sich selbst eines Attentatsplans auf Scheidemann bezichtigte, eines unnatürlichen Todes starb; man erinnere sich der vergifteten Pralinen, die einem Mithelfer vom Rathenau-Mord während der Verhandlungen zugesandt wurden. Unser Parteiorgan in Schwerin, „Das Freie Wort“, brachte vor kurzem folgende Zusammenstellung:

Ein Seminarist Bauer aus Neukloster war in den Rathenau-Mord verwickelt, begab sich deshalb von Mecklenburg nach München und wurde dort kurz darauf ermordet. Als die Orgesch in Mecklenburg in Blüte stand, tauchte ein früherer Leutnant Engelbrecht in Wismar auf, der sich als Fliegeroffizier ausgab und den „Pour le mérite“ trug. Er spielte eine große Rolle in dem Verschwörerkreis der Orgesch und hatte auf diese Weise Gelegenheit, einen Einblick in die Umtriebe dieser Kreise zu gewinnen. Als sich herausstellte, daß seine Siege im Luftkampf und sein Orden gleichermaßen Schwindel waren, „verunglückte“ er tödlich in der Ostsee. Als der „Bund der Niederdeutschen“ die Orgesch abgelöst und nächtliche Stafetten zur raschen Verbindung seiner Mitglieder eingerichtet hatte, wurde bei einem besonders rührigen Bündler, einem gewissen Otto in Wismar, eine Haussuchung vorgenommen. Daraufhin ist auch er jetzt kürzlich in der Ostsee „verunglückt“.

Das alles läßt es auch im Fall Machhaus zweifelhaft erscheinen, ob es sich hier um einen Selbstmord handelt oder ob die völkische Feme wieder einmal ihre Hand im Spiele hat.

Arbeitsaufnahme in Köln.

Köln, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik in Köln flaut ab. Nachdem am Sonnabend nachmittag das Bezirksschiedsgericht einen neuen Spruch gefällt hatte, haben die freien und christlichen Verbände der Gemeindearbeiter am Sonntag mit 287 gegen 80 Stimmen beschlossen, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Mit Ausnahme der Straßenbahn ist die Arbeit in der Stadt überall wieder aufgenommen worden. Man erwartet, daß auch die Straßenbahner den Streik bald abbrechen. Auch in der Privatindustrie ist alles ruhig. Die kommunistische Parole, am Montag in den Generalstreik einzutreten, ist nirgends befolgt worden.

Haspe, 4. Juni. (TU.) In einer Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde gestern der Generalstreik beschlossen. In der Remscheider Industrie haben sich bei einer Abstimmung 90 Proz. der Abstimmenden für die Fortsetzung des Streikes ausgesprochen. Der Teilstreik in der Elberfelder Eisenindustrie ist beendet. Die Arbeit ist gestern bedingungslos wieder aufgenommen worden.

Devisenkurse.

	4. Juni		2. Juni	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	30124.50	30275.50	30628.—	30777.—
1 argentinische Papier-Peso	26633.—	26766.—	27331.50	27468.50
1 belgischer Frank	4229.—	4281.—	4364.—	4386.—
1 norwegische Krone	12867.50	12932.50	13241.50	13308.50
1 dänische Krone	14064.50	14135.50	14468.50	14536.50
1 schwedische Krone	20240.—	20351.—	20947.50	20952.50
1 finnische Mark	—	—	2184.50	2195.50
1 japanischer Yen	—	—	38503.50	38696.—
1 italienische Lire	3531.—	3539.—	3665.50	3684.50
1 Pfund Sterling	351120.—	352880.—	361095.—	362905.—
1 Dollar	76009.—	76391.—	78054.—	78146.—
1 französischer Frank	4922.50	4947.50	5087.—	5118.—
1 brasilianischer Milreis	—	—	8029.50	8070.50
1 Schweizer Frank	13740.50	13809.50	14114.50	14185.50
1 spanische Peseta	11421.—	11479.—	11970.—	12030.—
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	111.72	112.28
1 tschechische Krone	—	—	2354.—	2366.—
1 ungarische Krone	—	—	14.71	14.79
1 bulgarische Lewa	—	—	802.—	798.—
1 jugoslawischer Dinar	—	—	932.50	927.50

Tagung des Elends.

7½ Millionen Opfer der Arbeit und des Krieges.

Die große Protestkundgebung der Kriegsopfer und Arbeitsinvaliden, die am Sonntag zunächst im „Schweizergarten“ und dann anschließend im Lustgarten stattfand, gestaltete sich in ihrem ganzen Verlauf zu einer außerordentlich eindrucksvollen. Alle beteiligten vier Verbände der Kriegsopfer waren stark vertreten und auch die Mitglieder des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands waren in Scharen herbeigeeilt, um ihre Not vor aller Oeffentlichkeit zu bekunden. Die ankommenden Züge boten vielfach ein unvergeßliches erschütterndes Bild des unter den Kriegsbeschädigten und in den Reihen der Arbeitsinvaliden herrschenden Elends. Eine große Anzahl der Blinden war mit ihren führenden Hunden erschienen, während die schwer Verstümmelten sich mit ihren Selbstfahrer-Wägelchen vorwärts bewegten. Greise und kümmerlich dreinblickende alte Mütterchen, denen man die Not von der Stirn ablesen konnte, stützten sich gegenseitig, um an den Zügen teilnehmen zu können.

Im Garten des „Schweizergartens“ sprach zuerst Mende für die Kriegsbeschädigten, deren Notlage er in beredten Worten schilderte. Die dem Reichstag vorliegende Novelle zum Reichsversorgungsgesetz erfülle die berechtigten Erwartungen nicht. — Nach ihm sprach Stadtverordneter Genosse Subke für den Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands. Anknüpfend an die Worte des Vorredners wies der Redner darauf hin, daß es sich in Deutschland um 3½ Millionen Opfer der Arbeit und um 4 Millionen Kriegsopfer handele. Hunger und Not habe beide Arten der Opfer solidarisch verbunden. Allen Krüppeln und Invaliden der Arbeit müsse ebenso geholfen werden wie den Kriegsopfern. „Keine Almosen und keine Armenunterstützung fordern wir, aber Ersatz für das, was wir auf dem Felde der Arbeit verloren haben. Opfer des Krieges und Opfer der Arbeit vereinigt euch!“ (Lebhafter Beifall.) Weiter sprachen im Garten noch Riemer vom Reichsverband und ein blinder Redner unter dem Beifall der Versammelten. — Redner im großen Saal des „Schweizergarten“ war Hermann von der Gauleitung des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands. Man sollte die Alten und Schwachen nicht vergessen, sondern nach Kräften unterstützen. Stets möge sich die gesunde Arbeiterschaft vor Augen halten, daß auch ihr bevorstehe, alt und schwach zu werden. Erfreulich sei, daß die Opfer der Arbeit sich in der Republik wenigstens frei aussprechen könnten, was den Krüppeln im alten Obrigkeitsstaat nicht einmal gestattet wurde. Nach Beendigung der Reden wurde im Garten eine Entschließung angenommen, in der gegen die Fassung der Novelle des RVG., insbesondere gegen den Klassenparagraphen 28 Protest erhoben wird, dessen Auswirkung sich nur auf die arbeitenden Schichten erstrecken. Ferner wird Erhöhung der im § 27 vorgesehenen Grundrenten und auch für die Sozialrentner eine Versorgung verlangt, die mit der Wirtschaftslage im Einklang stehe. Vom Reichstag und der Regierung wird mit Nachdruck völlige Beseitigung des bisherigen Unrechts und restlose Erfüllung der gestellten Forderungen für den im Kriege erlittenen Schaden gefordert. Die Kriegsopfer erwarten, so wird am Schluß bemerkt, endlich eine Versorgung, die ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Die Versammlung im Saale stimmte nach der Rede von Hermann einmütig folgenden sechs Forderungen zu:

1. Sofortige Ausgabe an die notleidenden Erwerbsunfähigen von Reichsbrotgutscheinen, die von allen Brotausgabestellen in Zahlung zu nehmen sind. 2. Erhöhung der Notstandsrenten und der Armenunterstützungssätze, entsprechend den Sätzen der Erwerbslosenfürsorge. 3. Erhöhung der festen Invalidenrenten, die jetzt im Durchschnitt 775 M. den ganzen Monat betragen und nur ein Drittel des neuen Brotpreises noch darstellen, um mindestens das Dreißigfache. 4. Erhöhung der Unfallrenten, die Gewährung von Teuerungszulagen an die unter 33⅓ Proz. anerkannten Unfallverletzten. 5. Bereitstellung von verbilligten Lebensmitteln und Bedarfsartikeln. Unterstützung der Selbsthilfebestrebungen und des Wirtschaftsdienstes der Invaliden aus Reichsmitteln, Ueberweisung der infolge Wuchers beschlagnahmten Lebensmittel an unsere Wirtschaftsstellen. 6. Zulassung der Vertreter der Invaliden und Erwerbsunfähigen zu allen Hilfsaktionen und Fürsorgeberatungen des Reichs, der Länder und Gemeinden.

Hierauf formierten sich die Verbände zu einem Demonstrationszug nach dem Lustgarten, wo die Treppenstufen des Domes und auch des Museums von Schupoposten besetzt waren. Nur den Rednern, Sanitätern und Fahnenträgern wurde das Betreten der Stufen gestattet. Von den Stufen des Domes herab richtete Tiedt vom Internationalen Bund der Kriegsopfer und von denen des Museums herab Genosse Subke noch beherzigenswerte Worte an die Versammelten, die stürmischen Beifall fanden. Damit war die Demonstration beendet, die bis zum Schluß einen würdigen und erschütternden Verlauf genommen hat.

Ein aufregender Gerichtstermin.

Im Charlottenburger Amtsgericht fand Sonnabend vormittag ein Termin statt, in welchem der Betriebsassistent Sch. vom Polizeiamt Charlottenburg wegen des von ihm erschossenen Arbeiters Karl Kotrow vernommen wurde. Der Beamte hatte K. bei einem Einbruch überrascht und den Täter, der sich seiner Feststellung durch die Flucht entziehen wollte, erschossen. Schon im Verhandlungszimmer beleidigten die Mutter des Erschossenen, die 43 Jahre alte Frau Helene K., und ihre Tochter den Beamten durch wiederholte Zurufe: „Mörder!“ Beim Verlassen des Amtsgerichts setzten sie ihre Beleidigungen gegen den Beamten fort und als Sch. die beiden aufforderte, sich ruhig zu verhalten, schlug Käthe K. mit ihrem Schirm auf den Beamten ein, so daß er blutende Verletzungen am Kopf und an der rechten Hand davontrug. Erst mit Hilfe von zwei weiteren Beamten, auf welche die Wütende ebenfalls einschlug, konnte sie zur Wache geführt werden. Nach ihrer Vernehmung und Feststellung wurde sie wieder entlassen.

Mittelstand-Ausstellung.

Eröffnung durch Oberbürgermeister Böß.

Die Deutsche Mittelstandausstellung, die in Berlin von der Mittelstandshilfe ins Werk gesetzt worden ist, wurde am Sonntag im Sportpalast (Potsdamer Str. 72) mit einem Festakt eröffnet. Frau Geheimrat Lindemann, die Vorsitzende der Verbündeten Vereine für Mittelstandsfürsorge und des Arbeitsausschusses der Ausstellung, hob in ihrer die Gäste begrüßenden Ansprache hervor, daß Hilfe der Zweck dieser Ausstellung ist. Der Vorsitzende des Ehrenausschusses, Oberbürgermeister Böß, wies hin auf die durch Krieg und Geldentwertung verursachte Not, die so viele früher zum Mittelstand gezählte Familien in den Strudel der Verelendung hineingerissen hat. Für die Kreise, denen es an den Mitteln zu helfen nicht fehlt, werde die Ausstellung deutliche Fingerzeige geben. Professor Ludwig Stein betonte, daß man den neuen Reichen den Weg zu den neuen Armen weisen wolle. Er begrüßte im besonderen die Gäste aus Amerika, die an dem Eröffnungsakt teilnahmen.

Ein Rundgang durch die Ausstellung schloß sich an. Ueber die Warenschau, die im unteren Raum veranstaltet ist, wird mancher Besucher sich wundern. Sehr vieles von dem, was es da zu sehen gibt, ist für weite Kreise der durch die Not der Zeit zu sparsamster Wirtschaftsführung gezwungenen Bevölkerung unerschwinglich. Aber die Geschäftswelt mußte man in möglichst großem Umfang zur Beteiligung an der Ausstellung heranziehen, damit durch diese Aussteller die Hauptkosten des Unternehmens gedeckt wurden. Die auf der Galerie untergebrachte soziale Abteilung, die zur Kostendeckung nicht viel beitragen konnte, ist das Kernstück der Ausstellung. Was hier Vereine und Anstalten aus ihrer Arbeit zeigen, sei der aufmerksamsten Beachtung empfohlen. Neben den verbündeten Vereinen für Mittelstandsfürsorge haben sich beteiligt u. a. das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, die Deutsche Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus, das Auguste-Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglings- und Kindersterblichkeit, das Oskar-Helene-Heim für Heilung und Erziehung gebrechlicher Kinder, das Berufsamt Berlin. Im Zusammenhang mit der sozialen Abteilung haben auch Organisationen zu wirtschaftlicher Selbsthilfe, z. B. die Frauenerwerbshilfe, die Altmännerhilfe der Mittelstandsfürsorge, der Reichsverband der körperlich Behinderten, von ihren Schützlingen angefertigte Waren ausgestellt, die sofort gekauft werden können. Unter den Erzeugnissen des Fleißes geschickter Frauenhände sind viele prächtige Stücke, die Bewunderung finden und hoffentlich auch Kauflust anregen werden. Die Not der in Armut versinkenden Alten bietet sich dar an den Verkaufstischen des Rentnerbundes. In langen Reihen sitzen nebeneinander wohl hundert Frauen und Männer und halten von ihrem Hausrat feil, was verwertbar ist oder scheint. Manche haben noch Silberzeug, gutes Porzellan, geschliffenes Glas und andere Familienerbstücke von beträchtlichem Wert. Viele aber müssen auch Gebrauchsgegenstände, die nicht Luxus sind, zum Verkauf stellen, selbst Kleinigkeiten geringsten Wertes. Die Ausstellung bleibt bis 10. Juni geöffnet und kann täglich von 11—8 Uhr gegen 500 M. Eintrittsgeld besucht werden. Der käufliche „Führer“ gibt nur die Liste der Aussteller. Die Ausstellung hat auch eine Auskunftsstelle zur Raterteilung für soziale Hilfe.

Scharfe „Fleischkonserven“.

Waffenfund bei dem Potsdamer Schützenkönig.

Gestern nachmittag durchsuchten mehrere Beamte der Potsdamer Schutzpolizei das Haus des Bücherrevisors und Sachverständigen für Handelssachen Friedrich Viol in Potsdam, Ecke Jäger- und Charlottenstraße, nach Waffen. Es wurden zwanzig Kisten mit der Aufschrift „Fleischkonserven“ beschlagnahmt. Die Kisten enthielten aber nicht Fleischkonserven, sondern Munition, Munitionsteile und Waffen; sie wurden beschlagnahmt und auf einem großen Polizeilastwagen weggeschafft. Viol ist Schützenkönig von der Potsdamer Schützengilde und in rechtsstehenden Kreisen bekannt.

Kommunistische „Massenversammlungen“.

Die Kommunisten hatten zu großen Massenversammlungen aufgerufen, die am gestrigen Sonntag auf öffentlichen Plätzen abgehalten wurden. Obgleich die Versammlungen in den von der Arbeiterschaft dicht bewohnten Stadtteilen stattfanden, waren die „Massen“ dem kommunistischen Rufe nur in kleinen Trupps gefolgt. Auf dem Hohenstaufenplatz beklagte sich selbst ein aus Gelsenkirchen herbeigeeilter Vertreter der Ruhrarbeiter, daß nur 2000 Proletarier anwesend seien. An dieser Versammlung beteiligte sich die kommunistische „Hochburg“ Neukölln und der ganze Süden. — Die Redner gefielen sich wieder einmal in allerlei Schmähungen gegen unsere in vordersten Reihen stehenden Parteigenossen sowie der Amsterdamer „Gewerkschaftsbonzen“. Ihnen wurde auch gestern wieder die Schuld an den jetzt bestehenden elenden Zuständen zugeschrieben und alles Heil von den Kontrollausschüssen und den proletarischen Hundertschaften erwartet. Mit dem Rufe nach der Einheitsfront und der Arbeiterregierung suchte man die ausgebliebenen Massen zu begeistern.

Zu dem Schulstreik in der Naugarder Straße teilt uns der Aktionsausschuß mit, daß am kommenden Montag Verhandlungen mit dem Oberschulrat Nydahl stattfinden. Abends 7½ Uhr findet im Hermannsheim, Verlängerte Carmen-Sylva-Straße, eine allgemeine Elternversammlung statt. Tagesordnung: Bericht über den Stand des Streiks. Alle Genossen sind verpflichtet zu erscheinen.

Eine Segeltuchtasche ist am Mittwochabend in der Stadtbahn (Potsdamer Platz) liegen geblieben. Der Inhalt ist für den Finder wertlos. Gegen Belohnung abzugeben in der „Vorwärts“-Spedition Neukölln, Siegfriedstr. 28/29. — Auf dem Lehrter Bahnhof wurde in einem aus Spandau kommenden Zuge ein Sack aus Zeltbahnleinwand, enthaltend u. a. eine Einkaufstasche, ebenfalls aus Zeltbahnstoff, ein Messer, eine Brille und einen „Vorwärts“ gefunden. Der Eigentümer kann die Sachen abholen bei Otto Habrecht, Berlin N. 20, Chausseestr. 11, vorn II.

Jubiläen. Das Fest der goldenen Hochzeit beging gestern das Ehepaar Hermann Kripschinski, Berlin, Graudenzer Straße 8. Die Eheleute, die langjährige „Vorwärts“-Leser sind, und beide über 70 Jahre alt sind, leben in dürftigen Verhältnissen. — Das seltene Fest der diamantenen Hochzeit feiert am Sonntag, den 3. Juni, in voller Gesundheit und geistiger Frische das Ehepaar Hugo und Amalie Turban, hier Berlin, Linienstr. 24.

Folgenschwere Explosion eines Gasometers.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in der Gasanstalt Arendsee in der Altmark. Als Monteure beim Abmontieren des 50 Kubikmeter Gas fassenden Gasometers beschäftigt waren, erfolgte eine heftige Explosion, die den Tod von drei Personen zur Folge hatte. Der Gasometer, der seit Herbst vorigen Jahres nicht mehr in Betrieb war, war auf Abbruch verkauft, und mit der Abmontierung war in diesen Tagen begonnen worden. Um dem in dem Gasometer befindlichen Gas freien Abzug zu verschaffen, war bereits der Verschlußdeckel gelöst worden. Durch hinzutretenden Sauerstoff hatte sich Knallgas gebildet, das erst zur Explosion kam, als die Arbeiten ihren Fortgang nahmen. Ein auf dem Gasometer arbeitender Monteur wurde durch die Explosion mehrere Häuser weit fortgeschleudert. Zu den Todesopfern gehören auch die Eisenaufkäufer Gebr. Janciewiecz. Ein anderer Monteur zog sich eine Gasvergiftung zu, doch dürfte er mit dem Leben davonkommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis Charlottenburg. Die Parteigenossen werden ersucht, sich an der Versammlung bei Eckmann, Scharrenstraße, zu beteiligen. Referent Robert Schmidt, Reichswirtschaftsminister a. D.

11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Dienstag abend 7½ Uhr Sitzung der Zeitungskommission in der „Vorwärts“-Spedition, Belziger Straße.

Morgen, Dienstag, den 5. Juni:

58. Abt. Charlottenburg. Gemeinsamer Abmarsch zur öffentlichen Kundgebung um 5¾ Uhr vom Zeitungskiosk, Wittenbergplatz.

121. Abt. Karlshorst. Die Genossen, die am Dienstag in der öffentlichen Versammlung in Lichtenberg als Ordner fungieren, werden gebeten, pünktlich 6½ Uhr im Versammlungslokal zu erscheinen.

Frauenveranstaltung am Montag, den 4. Juni:

136. Abt. Reinickendorf-Ost. 7½ Uhr im Seebad, Residenzstr. 49, Vortrag.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Montag, den 4. Juni:

Baumschulenweg: Jugendheim Ernststr. 16. Mitgliederversammlung. — Stralauer Viertel: Jugendheim Gemeindeschule Koppenstr. 8. Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaften und Industrie.

Zu der Mitteilung einer bürgerlichen Korrespondenz, die wir in unserer Sonntagsnummer veröffentlichten, wonach „zwischen Gewerkschaftsführern und Persönlichkeiten, die dem Reichsverband der Deutschen Industrie angehören“, Verhandlungen stattfinden zur Beilegung der Gegensätze, die infolge des Angebots der deutschen Industrie aufgetreten sind, erhalten wir vom Vorstand des ADGB. folgende Erklärung:

„Zu den in der Presse verbreiteten Mitteilungen über angebliche Verhandlungen, die zwischen Gewerkschaftsführern und Vertretern der deutschen Industrie stattfinden, erklärt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß Mitglieder der freien Gewerkschaften an solchen Verhandlungen nicht teilgenommen haben und daß der ADGB. keine Kenntnis von derartigen Verhandlungen hat.“

Diese Erklärung wird uns auch vom Vorstande des AfA-Bundes bestätigt. Wir haben die Meldung unter ausdrücklichem Vorbehalt wiedergegeben, und zwar, weil sie uns an sich unwahrscheinlich erschien, und zweitens, weil wir wiederholt beobachten konnten, daß die betreffende Korrespondenz (Expreß-Correspondenz) falsche Nachrichten über Verhandlungen wirtschaftlicher oder gewerkschaftlicher Natur verbreitet, deren Tendenz jedoch ist, Verwirrungen in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft hervorzurufen.

Neuregelung der Gehälter.

Die Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Länder und der Gemeinden haben in den letzten Tagen einen Gegenvorschlag über die Neuregelung der Grundgehälter beraten, der der Reichsregierung übergeben werden soll. Die Vorlage ist nunmehr fertiggestellt und den gesetzgebenden Körperschaften zugegangen. Sie bezweckt in der Hauptsache eine bessere Berücksichtigung der mittleren und unteren Gehaltsgruppen. Während die Regierungsvorlage z. B. in Gruppe III eine 18fache Erhöhung der Grundgehälter vorsieht, fordern die Beamtenorganisationen eine 20fache Erhöhung, um sich nach den oberen Gruppen hin mit dem Vorschlag der Regierung zu treffen.

Heute nachmittag beginnen im Reichsfinanzministerium neue Verhandlungen über die Anpassung der Gehälter und Löhne an die neue Teuerung. Die Forderungen der Gewerkschaften sind am Vormittag in einer gemeinsamen Besprechung formuliert worden. Am Sonnabend fand im Finanzministerium bereits eine Konferenz mit den Vertretern der Länder über die neue Teuerungsaktion statt.

Reichsregierung und Teuerung.

Zu den Meldungen „Konflikt in den Privatelektrizitätswerken“ und „Reichsregierung und Teuerung“ in Nr. 247 des „Vorwärts“ vom 30. Mai 1923 teilt uns das Reichsarbeitsministerium mit:

„Es handelt sich in dem inzwischen übrigens beigelegten Lohnstreik bei den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken der Provinz Brandenburg nicht um einen von ihm eingesetzten Schlichtungsausschuß, sondern um eine tariflich vorgesehene Schiedsstelle. Die Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums beschränkte sich darauf, daß einer seiner Beamten den streitenden Parteien auf ihren Wunsch die Namen von zu Vorsitzenden geeigneten Herren angegeben hat.“

Zu dieser etwas gewundenen Erklärung ist zu bemerken, daß das Reichsarbeitsministerium bestätigt, daß die drei Vorsitzenden von ihm bestellt wurden. Wie uns vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer dazu noch mitgeteilt wird, handelt es sich um eine Ernennung und nicht um einen Vorschlag. Gefragt sind die Organisationen überhaupt nicht worden, sonst wären die drei Herren von vornherein abgelehnt worden.

Vorschußzahlungen für die städtischen Arbeiter.

Wie bekannt, hatte der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in der verflossenen Woche an den Magistrat die Bitte gerichtet, mit sofortiger Wirkung den städtischen Arbeitern eine größere Vorschußzahlung zu leisten, da am heutigen Montag zwischen den Spitzenorganisationen und dem Reichsfinanzministerium über die neuen Junilöhne verhandelt und, dem Wunsch der Regierung entsprechend, in kurzer Sitzung diese Frage geregelt werden soll, da das Reich an sich zu weitgehendem Entgegenkommen bereit ist. Der Magistrat hatte sich daraufhin durch Stadtrat Koblenzer mit dem Reichsfinanzministerium in Verbindung gesetzt und die Genehmigung zur sofortigen Vorauszahlung verlangt, mit der ausdrücklichen Begründung, daß von allen städtischen Betrieben fast einstimmige Resolutionen gefaßt worden seien, in denen auf die ungeheure Teuerung hingewiesen und mit weiteren Maßnahmen gedroht wurde, falls etwa die Stadt sich ablehnend verhalten sollte. Das Reichsfinanzministerium konnte sich zu einer Erteilung der Zahlungsgenehmigung jedoch nicht entschließen und teilte am Freitagnachmittag der Stadtverwaltung diesen Beschluß mit.

Darauf setzte sich der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband mit dem Reichsfinanzministerium in Verbindung, das schließlich die Erklärung abgab, daß gegen eine vorläufige Zahlung nichts einzuwenden sei. Infolgedessen sind heute durch das Städtische Tarifamt die Kassen in allen Betrieben im Laufe des Vormittags angewiesen worden, einen Vorschuß von rund 50 000 M. noch am heutigen Tage spätestens aber bis Dienstag mittag auszuzahlen. Auf diese Mitteilung hin haben die Arbeiter in den Kraft- und Gaswerken, die bereits ihre Tätigkeit eingestellt hatten, diese wieder aufgenommen.

Annahme des Schiedsspruchs in der Metallindustrie.

Im großen Saal der Brauerei Friedrichshain wurde gestern von den Funktionären des Deutschen Metallarbeiterverbandes in den Betrieben des VBMI. Stellung zu dem im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch genommen. Ueber den Gang der Lohnverhandlungen und den Inhalt des Schiedsspruchs berichtete Gron von der Ortsverwaltung. Der Schiedsspruch erstreckt sich auf 2 Wochen, nämlich auf die Woche vom 28. Mai bis 3. Juni und die folgende vom 4. bis 10. Juni. Der Stundenlohn über 21 Jahre alter Arbeiter beträgt in der ersten Woche 2900, in der zweiten 3100, in der 2. Klasse 2815 bzw. 3010, in der 3. Klasse 2740 bzw. 2930, in der 4. Klasse 2640 bzw. 2825, und in der 5. Klasse 2555 bzw. 2735 Mk. — Die Arbeiter von 18 bis 21 Jahre erhalten in den Klassen 1 bis 5: 2465 (2635), 2395 (2560), 2310 (2470), 2245 (2400) und 2175 (2325) Mk. Die eingeklammerten Zahlen gelten für die 2. Woche. (Einstellungslohn 75 Mk. weniger). — Jugendliche männliche Arbeiter im Alter von 14 bis 18 Jahren erhalten je nach dem Alter 500 bis 1200 Mk. Jugendliche weibliche 450 bis 1110 Mk. Arbeiterinnen über 21 Jahre 1960 bis 2095, unter 21 Jahre 1635 bis 1780 Mk. — Die Kinderzulage wird auf 200, die Frauenzulage auf 100 Mk. erhöht. Akkordarbeiter erhalten einen festen Stundenzuschlag, der für die erste Woche in den Klassen 1 bis 5 1495, 1450, 1415, 1355 und 1310 Mk., für die zweite Woche 1695, 1645, 1610, 1540 und 1490 Mk. beträgt. Wie Gron schließlich bemerkte, haben Lohnkommission und -kartell sich nach gründlicher Ueberlegung dazu entschlossen, der Versammlung die Annahme des Schiedsspruches zu empfehlen.

In der Diskussion wurden von kommunistischer Seite verschiedene Vorschläge gemacht. Unter diesen einer, der einen Wirtschaftsvorschuß in Höhe von 300 000 Mk. verlangt. Auch die Auszahlung in Goldlöhnen wurde gefordert. Einige Redner sprachen für Ablehnung des Spruches, der den Teuerungsverhältnissen gegenüber nicht genüge. Nachdem Knaack, Schlemann und Gron hierzu gesprochen und verschiedene Behauptungen richtiggestellt hatten, wurde beschlossen, alle vorliegenden Anträge dem Metallkartell als Material zu überweisen. Bei der Abstimmung wurde der Spruch mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre, Betriebsräte!

Montag, den 4. Juni 1923, abends 7 Uhr, in den „Musikersälen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 31:

Große Konferenz

sämtlicher VSPD.-Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre, Betriebsräte und politischen Vertrauensleute.

Genosse Alexander Stein spricht über: „Ruhrkrise und Weltlage“. Genosse Dr. Paul Hertz spricht über: „Die wirtschaftspolitischen Aufgaben des deutschen Proletariats“. — Diskussion.

Parteigenossen! Sorgt für guten Besuch!

Bezirksverband Berlin VSPD. Betriebssekretariat

Lohnvereinbarung im Steinmetzgewerbe.

Die Bau- und Grabmalbranche der Steinmetzen war am Freitag zahlreich im Gewerkschaftshaus versammelt, um um zu dem Resultat der geführten Lohnverhandlungen Stellung zu nehmen. Der Bericht wurde vom Mitglied der Ortsverwaltung, Kollegen Wenzel, erstattet, der in seinen Ausführungen den Verlauf der Verhandlungen mit den Arbeitgebern eingehend schilderte. Nach längeren Auseinandersetzungen erklärten die Arbeitgeber sich bereit, die Löhne der Steinmetzen in der Werksteingruppe von 2390 auf 3000 M., in der Grabmalgruppe von 2000 auf 2900 M. und in der Marmorgruppe von 2070 auf 2900 M. zu erhöhen. Die Hilfsarbeiter sollen in der zuerst genannten Gruppe in den ersten 6 Monaten 2450 M. und nach 6 Monaten 2820 M., in der zweiten Gruppe 2150 bzw. 2650 M., in der dritten Gruppe 2425 bzw. 2775 M. erhalten. Den Schleifern ist ein Lohn von 2895 M. zugebilligt worden. Auf Verlangen der Verhandlungskommission ist vereinbart, daß noch im Laufe dieser Abmachung, die für die Zeit vom 1. bis 15. Juni gelten soll, neue Verhandlungen zu führen sind, falls eine weitere starke Steigerung der Kosten der Lebenshaltung eintritt. Von den Kollegen in der Marmorbranche sei die Zustimmung zu diesem Abkommen bereits erfolgt. Die Kommission empfehle auch den anwesenden Kollegen die Annahme. In der folgenden Aussprache versuchte ein kommunistischer Redner die Gewerkschaftsführer herabzuwürdigen. Vom Genossen Martens wurden seine Ausführungen aber gebührend zurückgewiesen. Die Versammlung stimmte schließlich der Annahme des Angebots der Arbeitgeber zu.

25 Jahre Verband graphischer Hilfsarbeiter.

Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands konnte am 30. Mai sein 25jähriges Bestehen feiern. Die ersten Anzeichen einer Hilfsarbeiterbewegung im graphischen Gewerbe machte sich 1890 bemerkbar, als die gesamte deutsche Arbeiterschaft sich trotz des Ausnahmegesetzes regte und dieses denn auch schließlich fallen mußte. Die weitere Verbesserung der Maschinen im Buch- und Steindruckgewerbe führte zu weiterer Verwendung von Hilfsarbeitskräften. Andererseits ließen in verschiedenen Orten aber auch die Buchdrucker es sich angelegen sein, die Hilfsarbeiter in den gewerkschaftlichen Kampf einzuführen. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands unterstützte die Werbetätigkeit, die zunächst die Gründung von örtlichen Vereinen zum Zwecke hatte. Auch erschien bald das Fachblatt „Solidarität“.

In Berlin wurde eine Agitationskommission ins Leben gerufen, die auf die Gründung eines Zentralverbandes hinarbeitete. Auf deren Veranlassung trat am 30. Mai 1898 zu Berlin ein Kongreß der Buchdruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen zusammen, auf dem die Gründung des Verbandes beschlossen wurde. Er erhielt den Namen: Verband der in Buchdruckereien und verwandten Gewerben beschäftigten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, ein Name, den man später in löblicher Weise gekürzt hat. Vorsitzende wurde die Genossin Paula Thiede, die auf diesem Posten bis zu ihrem Tode im März 1919 verblieb.

Mit 1297 Mitgliedern trat der neue Verband ins Leben. Auch ihm brachten die ersten Jahre seines Bestehens nicht die erwarteten schnellen Erfolge und es bedurfte zähen Kampfes, bis er sich durchsetzen konnte. Am Ende des Jahres 1906 hatte er 12 689 Mitglieder, davon 7896 weibliche, obwohl er in diesem Jahre seine erste große Feuerprobe zu bestehen hatte, eine große Aussperrung im Steindruckgewerbe. Im Dezember 1906 kam es zum Abschluß von allgemeinen Bestimmungen mit dem Deutschen Buchdruckerverein, durch die die Arbeitszeit und die Obliegenheiten des Hilfspersonals für den Fall geregelt wurden, daß der Verband an den einzelnen Orten von den Unternehmern anerkannt wurde und es zum Abschlusse von Lohnvereinbarungen kam.

Am Ende des Jahres 1910 hatte der Verband fast 17 000 Mitglieder, die größte Zahl in der Vorkriegszeit. Jetzt hat er über 50 000 Mitglieder, davon 33 000 weibliche.

Achtung, Butab-Mitglieder der Berliner Metallindustrie! Heute abend 7 Uhr wichtige Mitgliederversammlung in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 110. Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig. — Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Berlin, Fachgruppe Metallindustrie.

Wirtschaft

Teuerungsziffern und Lohnpolitik.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Im Laufe des letzten Jahres hat sich die amtliche Teuerungsziffer in der Oeffentlichkeit und insbesondere auch bei Lohnverhandlungen fast vollkommen durchgesetzt. Um so wichtiger wäre es, ihre Resultate auch der Oeffentlichkeit schnellstens zugänglich zu machen. Aber in einer Zeit, wo Lohnabkommen auf ein bis höchstens drei Wochen abgeschlossen werden, begnügt sich das Statistische Reichsamt damit, die Monatsdurchschnittsziffern zu veröffentlichen. Diese Praxis steht in schreiendem Gegensatz zu der Art, wie diese Behörde sonst arbeitet. Alle zehn Tage teilt sie durch WTB.-Telegramme die neuesten Großhandelsziffern an bestimmten Stichtagen der gesamten deutschen Presse mit. Die Zeitschrift des Statistischen Reichsamts „Wirtschaft und Statistik“ erscheint zweimal im Monat und man merkt diesem ausgezeichneten Blatte dauernd das Bemühen an, die Ergebnisse möglichst rasch zu bringen.

Angesichts dieser Tatsachen und der starken Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit, die das Amt neuerdings auszeichnen, scheint es völlig ausgeschlossen, daß die geradezu unmögliche Art, wie das Amt ausgerechnet bei den Lebenshaltungsziffern veraltetes Material herausbringt, auf eine Unzulänglichkeit der Organisation zurückzuführen ist. Man muß vielmehr annehmen, daß die Lohnbremspolitik, die vom Wirtschafts- und Arbeitsministerium betrieben wird, die Ursache für diese Unzulänglichkeit der amtlichen Statistik bietet. Sollte diese Vermutung, für die alle Ueberlegungen sprechen, richtig sein, so könnte man gegen diese Praxis gar nicht entschieden genug Protest erheben. Einmal ist das Statistische Reichsamt eine wissenschaftliche und keine politische Behörde; aus innenpolitischen Gründen ihm Beschränkungen aufzuerlegen, heißt das Ansehen des Amtes untergraben. Andererseits wäre es in einer Zeit, in der die Regierung in so vollendeter Weise gegenüber allen Spekulationsmanövern versagt, doch ein geradezu unerhörter Skandal, wenn sie hier versuchen wollte, durch so kleine Mittelchen die Arbeiterschaft zu hindern, die Anpassung ihrer Löhne an die Teuerung mit der nötigen Schnelligkeit vorzunehmen. Sowohl das für das Statistische Reichsamt verantwortliche Reichswirtschaftsministerium als auch das Reichsarbeitsministerium, dessen Lohnpolitik ja wohl auch noch zu kritischer Beleuchtung in der Oeffentlichkeit Anlaß geben dürfte, haben alle Veranlassung, sich darüber zu äußern, ob sie an dieser Irreführung der öffentlichen Meinung schuldig sind.

Die Preisschraube am Rohstoffmarkt. Der Roheisenausschuß des Eisenwirtschaftsbundes hat seine Preise um rund 60 Proz. erhöht. Hämatit kostet jetzt 1630, Gießereiroheisen I 1600 und Gießereiroheisen III 15 970 das Kilogramm. Die Roheisenpreise sind bereits mehr als 2½ mal so hoch, wie bei ihrem tiefsten Stand (in der Zeit vom 1. bis 24. April). Die Verteuerung des Roheisens wird sich bald auf die Fabrikatpreise übertragen.

Frankreich-Rußland. In Moskau ist eine Delegation französischer Industrieller angekommen, um über die Anbahnung von Handelsbeziehungen zu verhandeln.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Sonntag, den 3. Juni.

1. Rennen. 1. Abbazia (M. Schmidt), 2. Singvögel (Hellmann), 3. Haldung (Lötzert). Toto: 30 : 10, Pl.: 14, 16, 20 : 10. Ferner liefen: Blinddoinger, Leuchtfeuer, Röschen, Sultan, Galoppe.

2. Rennen. 1. Thusnelda (Franke), 2. Kamelie (Olejnik), 3. Inclan (Staudinger). Toto: 28 : 10, Pl.: 13, 15 : 10. Ferner lief: Simplicitas.

3. Rennen. 1. Williger (Rastenberger), 2. Florist (Staudinger), 3. Crescendo (H. Braun). Toto: 25 : 10, Pl.: 12, 21, 12 : 10. Ferner liefen: Distelfink, Lapis Electrix, Sonnenschein, Sham Dich, Alia.

4. Rennen. 1. Anglus (O. Schmidt), 2. Rotdorn (Olejnik), 3. Eierkuchen (H. Schmidt). Toto: 14 : 10, Pl.: 12, 18, 17 : 10. Ferner liefen: Revolutionär, Rubel, Manlius, Imperialist.

5. Rennen. 1. Klene (Staudinger), 2. Piaski (Genkpeil), 3. Cicero II (Teichmann). Toto: 52 : 10, Platz: 24, 26, 21 : 10. Ferner liefen: Interim, Weifria, Grasmücke, Majus, Felling.

6. Rennen. 1. Famulus (Rastenberger), 2. Kairos (Zenkisch), 3. Pelibe (Bosch). Toto: 78 : 10, Pl.: 19, 22, 18 : 10. Ferner liefen: Casa Bianca, Hallodri, Habicht, Landsknecht, Biguan, Abendsturm.

7. Rennen. 1. Gondolfo (Häppenin), 2. Cosimo (Rotz), 3. Rasbek (O. Schmidt). Toto: 168 : 10, Pl.: 36, 15, 14 : 10. Ferner liefen: Kraliada, Kunstwart, Hiltrud, Galon.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Artur Saternus, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Feuilleton: K. H. Döscher, Berlin-Wilmersdorf; Lokales und Sonstiges: Willy Möbus, Berlin-Pankow; Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Admirals-Varieté Berlins 8^{00} bestes Programm

Bekanntmachung.

Der 15. Nachtrag zu unserer Satzung, nach welchem die Kassenbeiträge für alle Versicherten von 10 auf 9 Hundertstel bemessen worden sind, tritt am Montag, den 4. d. M. in Kraft.

Druckstücke dieses Nachtrages sind in unserem Geschäftslokal kostenlos zu haben.

Zehlendorf, den 1. Juni 1923.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse f. Zehlendorf u. Umgeg.

G. Heymeier.

Hosen-Zentrale.

Nur München-Gladbacher Fabrikate

Beste Qualitäten.

Reiche Auswahl in Streifenhosen, Manchester-, Breeches-, engl. Leder-, Tuch- und Arbeitshosen in allen Längen und Weiten

O 27 ◆ Blumenstr. 87

Blauer Laden.

2 Min. von der Jannowitzbrücke

Achten Sie genau auf Hausnumm.

Fahrgeldvergütung

Für Stellenangebote jeder Art ist der

Vorwärts

das wirksamste Insertionsorgan

*

Verkäufe

Bekleidung

Versuch macht klug! „Leihhaus“ Brunnenstraße 5. Firma [illegible] Täglich großer Verkauf mäßig hergestellter Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Hosen. Riesen-Auswahl. Pelzwaren: Gehpelze, Sportpelze konkurrenzlos billig! Keine Lombardware.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Covercoats, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sportpelze, Gehpelze, Katzenjacken, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse, Blaufüchse, Wäsche zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Garderobe für jedermann. Herren- und Knabenkleidung, Paletots, alles in erstklassigen Stoffen, prima Zutaten, in unserer bekannten, guten Verarbeitung kauft man immer gut und preiswert bei Kleiderprinz, Prinzenstraße 24, Laden.

Möbel

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Küchen usw. Große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Metallbetten 30 000.—, Chaiselongues 40 000.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Meiße, Auguststraße 22a, Quergebäude.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Chaiselongues, Metallbetten. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35.

Grammophone, elegante Schrankapparate, billigste Gelegenheiten. Zwigers, Charlottenstr. 74/75.

Kaufgesuche

[illegible] kauft Platin, Geschirrzinn, Weichblei und sämtliche Metalle. Andreasstraße 48.

Pianos, Flügel kauft zu höchsten Tagespreisen Pianomagazin, Barbarossaplatz 2. Kollendorf 5307.

Manierpistolen, große, mit Holzansteckfutteral, Jagdwaffen aller Art, Prismenfeldstecher, feldgraue usw. bezahlt stets höher wie jede Konkurrenz. Preußner, Neukölln, Teltstr. 11, I.

Pianos kauft Kurfiol, Dresdenerstraße 54. Moritzplatz 128 43.

Geigen, Celli, auch zerbrochene, für Export, höchstzahlend. Pfalzburg 9821. Berliner Straße 180, Wilmersdorf, Papierhandlung.

Säckeankauf, Bindfaden, Garn, Holzkamm, Kaiser-Friedrich-Straße 42, [illegible] 29.

Pianos, Flügel, Perserteppiche, Brücken höchste Tagespreise. Pianohaus Herer, Pallasstraße 9. Kurfürst 9184.

Säckeankauf, Nähgarn. Swinemünderstraße 7. Humboldt 489.

Nähgarnankauf, Verschiedenes. Schön, Kottbuserufer 25a.

Nähmaschinenankauf, auch schadhafte. Moritzplatz 10171.

Autozubehör

Zündkerzen, Glühbirnen kauft Rösler, Friedrichsgracht 5—6.

Kugellager, Beschußzündkerzen, Magnete, Vergaser kauft Zeidler, Gartenplatz 5.

Kugellager, Autozubehör kauft höchstzahlend Vilz, Reinickendorferstraße 93.

„Vorwärts“-Austrägerinnen

werden sofort eingestellt

Berlin, Greifenhagener Str. 23

„ Immanuelkirchstr. 24

„ Lausitzer Platz 14/15

„ Wilhelmshavener Str. 48

Neukölln, Siegfriedstr. 28/29

Baumschulenweg, Kiefholzstr. 180

Blankenburg, Wagner, Burgwallstraße 63

Schöneberg, Belziger Str. 27

Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 18 (Laden)